

ENTFESSELUNG DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK DURCH VEREINFACHUNG UND EUROPÄISIERUNG

BESCHLUSS DES MIT-BUNDESVORSTANDS VOM 02.JULI 2024

Der deutsche Energiemarkt ist überreguliert. Es wird geregelt, verboten, direkt und indirekt gefördert, pönalisiert, es bestehen Marktansätze aber auch Eingriffsoptionen in umweltrechtlicher Hinsicht. Darüber hinaus dürfen auch Netzbetreiber in den Betrieb von Anlagen in zunehmendem Maße eingreifen – im Tausch gegen Anschlussrechte. Die Überregulierung schafft erhebliche Unsicherheit bei den Unternehmen, die sich auf die Investitionsbereitschaft spürbar negativ auswirkt. Die Wirksamkeit einzelner Gesetze und Förderpolitik ist in zunehmend geringem Maße nachweisbar. Die Widersprüchlichkeit von Regelungen, auch durch die z.T. schleppende Umsetzung, die gesetzliche Verabschiedung von Zielen oder eine Kompetenzverlagerung auf die Bundesnetzagentur, nimmt zu. Die Änderungsgeschwindigkeit von Gesetzen und Regelungen ist erstaunlich (allein 35 EnWG-Änderungen in der laufenden Legislaturperiode).

Die Förderung klimafreundlicher Investitionen selbst ist mit dem Urteil über den Klima- und Transformationsfonds in Zukunft fraglich. Gleichzeitig steigen die Systemkosten der Transformation signifikant an. Klare Regelungen eines Rahmens, eine feste Zuordnung von Verantwortung auf unterschiedlichen politischen Ebenen aber auch eine klare Fokussierung auf konsistente Umsetzung des EU-Rechtes sind entscheidend.

Überspielt wird die zunehmende Inkonsistenz mit den vermeintlich international unterlegten Ambitionen im Klimaschutz und eher autoritären Ansätzen, die gesellschaftspolitisch, aber auch technologisch eine erstaunlich hohe Zukunftsgewissheit ausstrahlen. Die Akzeptanz sinkt zunehmend, weil andere Themen wichtiger werden aber auch die Kosten steigen und die direkte Betroffenheit aufgrund des Wucherns neuer Regulierung immer stärker zunimmt. Durchhalteparolen helfen auch politisch nur dann, wenn Licht am Ende des Tunnels gesehen wird. Im Falle des Heizungsgesetzes aber auch bei den Fragen der Verkehrspolitik hat die Politik allen Bürgern vor Augen geführt, wie die Betroffenheit in finanzieller Hinsicht aber auch bei der Ausgestaltung des eigenen Lebens steigt. In Summe ist die marktwirtschaftliche Ordnung in Deutschland aufgrund der fast alle Wirtschaftsprozesse durchdringenden Energie- und Klimapolitik erheblich unter Druck geraten. Es bedarf Antworten für den Umgang mit dem Dickicht an Regelungen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) fordert die Bundesregierung daher auf:

- 1) Ein Entfesselungspaket für die Energie- und Klimapolitik vorzulegen, das darauf zielt, den Umfang der Gesetze und Verordnungen mindestens zu halbieren;
- 2) Eine Abweichungsanalyse des deutschen Rechts zu den Europäischen energie- und klimarechtlichen Regelungen vorzunehmen und umfassend den europäischen Mindeststandard umzusetzen und Ausnahmen zu nutzen;
- 3) Zielsetzungen aus Gesetzen in die Präambeln der Gesetze verschieben und sich auf die Begleitung, Umsetzung, Finanzierung und Regelungen selbst zu fokussieren;
- 4) Vorrangig Regelungen in Deutschland und in der Europäischen Union abzubauen, die der kostengünstigen Markt- und Systemintegration von Erneuerbaren im Wege stehen (u.a. Belastung von Bioenergie und Wasserkraft), dieselben Sachverhalte doppelt regeln (u.a. ETS-Sektoren im Klimaschutzgesetz) und den internationalen Klimaschutz durch nationale oder regionale Alleingänge belasten (u.a. Carbon Border Adjustment Mechanismus oder nationale PtL-Beimischungsquote);
- 5) Die Einhaltung des Grundsatzes: Kein Zwang zum Umbau oder Stilllegung ohne entsprechende Kompensation bzw. Förderung;
- 6) Die kommende Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zu nutzen, um planwirtschaftliche Elemente und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten von europäischen Unternehmen abzubauen.